

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelaummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Der internationale Gewerkschaftskongress

Vom 2. bis 6. Juni tagte zu Wien die dritte Hauptversammlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Einen papstlicheren Ort hätte die gewerkschaftliche Weltgemeinschaft für ihre Tagung schwerlich finden können. Denn Österreichs Hauptstadt, wo einst eine verbrecherische Hofkammer mit einem Herrikal vermurdeten Spießbürgertum jeden freien Lichtstrahl mit Kutten abfangen, ist in kurzen Jahren von einer sozialistischen Verwaltung zu einem vorbildlichen Gemeinwesen erster Ordnung gemacht worden. Dann sind dort sozialisierte Industrieunternehmen in vielerlei heißendem Gang anzutreffen. Und eine militärisch gefügte Schutztruppe schützt die Werke und Freiheiten des Proletariats gegen etwaige Diebsgelenke der Reaktion. Die Wiener Arbeiterschaft verbandt ihre prächtigen Errungenschaften ihrer Einigkeit und Festigkeit, freilich auch der Klugheit, dem Wagemut und der Handlungsfähigkeit ihrer Führerschaft. Sie verstand die günstige Stunde, die das Schicksal einer revolutionären Partei selten mehr als einmal beschert, zu nutzen. Anstatt auf das Mittel der Pistolen und Latunlustigen, auf eine von Kretsch und Plethi gebildete Kommission zu verfallen, welche die einfachsten und notwendigsten Änderungen unmöglich machte, hat die österreichische Führerschaft entschlossen gehandelt, unterstützt, ermuntert und beschützt von ihrer Anhängererschaft. So konnte es kommen, daß Wien und Deutschösterreich heute ein sozialistisches Bollwerk ist.

Die 16,5 Millionen Mitglieder der Amsterdamer Weltgemeinschaft waren in Wien durch 173 Abgeordnete vertreten, wozu sich noch 30 von den internationalen Berufssekretariaten und 8 von anderen Körperschaften gesellten. Der Bericht des Bundesvorstandes an den letzten Kongress in Rom nennt eine Mitgliedschaft von 23,9 Millionen. Somit haben die zwei Jahre einen Verlust von 7,4 Millionen gebracht. Hieran sind in der Hauptsache Deutschland, Frankreich, England, die Tschechoslowakei und Italien beteiligt, während Bulgarien, Österreich, Jugoslawien und Ungarn einen Zuwachs zu verzeichnen haben. Infolgedessen läßt der mündliche Bericht des Bundesvorstandes, den Sassenbach erstattete, annehmen, daß die Verluste, die in den beiden an Arbeitslosigkeit, politischen Wirren und Enttäuschungen so reichen Jahren erlitten wurden, bald wieder wettgemacht sein werden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung habe einzusetzen begonnen, zunehmende Festigkeit des Mitgliederbestandes werde vielfach gemeldet, der Antikommunismus gegen den Achtstundentag treibe die ausgeschiedenen Mitglieder wieder zurück in den schützenden Bau der Gewerkschaft. Die zunehmende Besserung werde übrigens auch durch den politischen Umsturz in England, Dänemark, Frankreich und Australien bargetan.

Gleich bei der Erörterung des Tätigkeitsberichtes wurde die alte Streitfrage: Moskau oder Amsterdam? abermals aufgeworfen. Besonders der Engländer Bramley wünschte, daß trotz der entmutigenden Erfahrungen, die bei den Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften über deren Beitritt zur Amsterdamer Gemeinschaft gemacht worden seien, die Bemühungen fortgesetzt werden sollten, während die Wortführer der belgischen, französischen und der deutschen Abordnung meinten, daß die Russen erst Bürgschaft dafür zu geben hätten, daß sie ihre Angriffe und Anwürfe gegen die Amsterdamer Internationale unterlassen, ehe man mit ihnen aufs neue verhandle. Schließlich aber wurde in einer Entschließung der Bundesvorstand beauftragt, die Bemühungen um Einverleibung der russischen Gewerkschaften in die Internationale fortzusetzen, sofern das ohne Verletzung seiner Würde geschehen könne.

Die Frage: Moskau oder Amsterdam? spielte auch in die Aussprache über die Stellung des Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung hinein. Die für diesen Punkt eingesehene Kommission ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften von sozialistischem Geiste erfüllt sein müssen, daß sie, die Gewerkschaften, aber nicht im Dienste einer politischen Partei stehen dürfen, sondern von dieser unbeeinflusst ihre Tatkraft zu bestimmen haben. Das Begehren der kommunistischen Partei aber, die Gewerkschaften zu beherrschen, sei nachdrücklich abzulehnen. Diese Auffassung ist in einer einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt, woraus wir folgende Stellen wiedergeben:

Gemeinsames Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Staatliche soziale Reformen und Gesetz zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Beseitigung der Lohnsklaverei und des Kapitalismus zu erleichtern. Die Gewerkschaften, als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, müssen jedoch, soweit es die Erfüllung der Aufgaben in ihrem Tätigkeitsbereich erfordert, auch auf die Politik des Staates einwirken, wie es die Unternehmerverbände ebenfalls tun. Sie treten damit aber nicht in den Dienst einer politischen Partei und können ihre Tätigkeit nicht von einer politischen Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein. Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbstständigen Arbeiterparteien, die sich zur politischen Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten. Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen, nach dem Diktat der kommunistischen Internationale, die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen. Den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse lehnen sie ab, sie verunglimpfen die Gewerkschaftsbewegung und scheuen in ihrer Verleumdung der Gewerkschaften vor keinem Mittel zurück. Die in zahlreichen Ländern eingetretene Zersplitterung ist hauptsächlich ihr Werk...

Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen. Sie müssen sich dagegen zur Wehr setzen, daß durch die Methode der kommunistischen Zellen und durch die Spaltungsversuche der kommunistischen oder irgendwelcher anderer Parteien die gewerkschaftlichen Organisationen zerstört werden und damit die Arbeiterklasse ihrer besten Waffe gegen die Reaktion und gegen den Kapitalismus beraubt wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund... soll den Geist der Gemeinsamkeit der Interessen wecken und wachhalten und für die Durchführung einheitlicher Leitgedanken in der allgemeinen Gewerkschaftspolitik tätig sein. Seine besondere Pflicht ist es, dauernd für eine Einigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu wirken.

Bei dem wichtigen Punkt: Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus zeigte sich eine einmütige Auffassung. Es wurde erwogen, ob man nicht auch allgemein zur Verweigerung des Militärdienstes auffordern solle, wie es bereits in England, der Schweiz und Holland geschehen ist. Man kam aber überein, es nicht zur bindenden Pflicht der Gewerkschaften zu machen, da dies in verschiedenen Staaten den Bestand der Organisation gefährden könne. Jedoch soll es jedem Lande unbenommen sein, in diesem Sinne zu wirken. Die betreffende Entschließung, erinnert die internationale Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Kriege entschieden zu widersetzen durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des internationalen Transports der Kriegsmittel, den wirtschaftlichen Boykott und den Generalstreik. Im weiteren wird als bringende Notwendigkeit verlangt: Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial, dann die Einberufung einer internationalen Konferenz wegen Unterdrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbotes der Fabrikation und des Handels für alle Art Kriegsmaterial.

Die Beratung des Kampfes um den Achtstundentag zeitigte einen Beschluß, worin es unter anderem heißt:

- Es ist eine allgemeine internationale Kampagne vorzubereiten mit folgendem Programm:
a) Aufrechterhaltung des Achtstundentages;
b) Wiedererobierung der verlorengegangenen Errungenschaften;
c) Erwerbung des Achtstundentages in allen jenen Ländern, wo er noch nicht eingeführt ist;
d) Ratifizierung der Washingtoner Konvention;
e) endgültige Regelung der Reparationsfrage.

Die beruflichen Internationalen hatten bislang keine organisatorische Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Nur bei wichtigen Anlässen, wie beim Ruhrstreik, beim Boykott der Ungarn und einigen anderen Gelegenheiten wurde die Leitung dieser oder jener Berufsinternationalen vom Bundesvorstand zu gemeinsamer Beratung berufen. Daß dieser Zustand verbesserungsbedürftig war, ist einleuchtend, zumal ja der Bundesvorstand keine internationale Handlung beschließen kann, ohne sich mit der betreffenden Berufsinternationale verständigt zu haben. Ohne enge und ständige Verbindung der beiden Seiten hätte es geschehen können, daß der Bundesvorstand, sagen wir, die Unterbindung des Waffentransports beschloß, die zur Ausführung berufene Internationale, die Transportarbeiterorganisation, aber zu einer andern Entschließung kam. Um solchen Mißlichkeiten vorzubeugen, hat der Kongress beschlossen, dem Bundesvorstand eine (dreiköpfige) Vertretung der Berufsinternationalen beizufügen, und es wurden hierzu erkoren die Genossen Fimmenn (Transportarbeiter), Coof (Bergleute) und Smit (Angestellte).

Dies wäre das wesentlichste, was hier von den Wiener Verhandlungen zu berichten ist. Im großen ganzen sind die Beschlüsse, wenn nicht dem Worte, so doch dem Sinn nach nicht viel mehr als eine Wiederholung früher gefasster Entschließungen. Wir müssen auch diesmal wieder beklagen, daß zu den Entschließungen nicht auch gleich die praktischen Maßnahmen für ihre Verwirklichung gefügt wurden. Wir halten dafür, daß gleichzeitig mit der Aufstellung von Forderungen die Mittel ihrer Verwirklichung zu beraten und kundzugeben sind, damit verhütet wird, daß die Forderungen über die Grenze der Verwirklichungsmöglichkeit hinausjücken. Die Gewerkschaftsbewegung ist, wenn wir nicht irren, eine Bewegung mit Gegenwartszielen und Wirklichkeitsinn. Wenn so, dann muß sie nach dem Grundsatz verfahren: Keine Forderung aufstellen ohne praktische Durchführungsmöglichkeiten. Würde demgemäß gehandelt, dann würden zum ersten die Entschließungen erdenfärziger, mehr praktischer Art sein, zum anderen Köpfe und Hände mehr auf die oberste Voraussetzung eines Beschlusses, auf die eingehende Prüfung der Verwirklichungsmöglichkeit wie auf die Wehrung oder Störung der Verwirklichungsmittel gerichtet werden. Ohne Erfüllung der Voraussetzung aber ist ein erheblicher Teil der Kongressarbeit dazu verdammt, Arbeit für den König von Preußen zu sein.

Daß dies richtig ist, dafür liegen der Beweise genug in allen Kongressprotokollen. Nur ein Beispiel sei angeführt: Der Haager Friedenskongress. Welch schöne, lustige Beschlüsse hat der gefaßt! Welchen Wert sie hatten, hat der Ruhrstreik eindrucksvoll gezeigt. Entweder hatten sie Wirklichkeitswert und waren sie ernst gemeint, dann hätten sie durchgeführt werden können und müssen, oder aber es war nicht der Fall, dann hätten sie von Gewerkschaften nicht gefaßt werden dürfen. Wäre im Haag gleich mit den Entschließungen gegen Krieg und Militarismus auch die Art der Verwirklichung eingehend beraten und festgelegt worden, dann wären sie entweder unterblieben oder es wären die Kampfmittel bereit gemacht worden, in

jedem Falle die Gewerkschaftsbewegung die Teilnehmerin insofern gewesen, als ihr die Enttäuschung, die Erbitterung, der Hohn auf ihr Versagen erspart geblieben wäre.

Was hier vom Friedenskongress gesagt wird, trifft, wenn auch in schwächerem Maße, auf die Wiener Tagung zu. Hierfür nur das eine Beispiel: Sie hat die Durchführung einer Kontrolle der Waffen- und Munitionsindustrie als auch die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Unterdrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial beschlossen. Aber es ist mit keinem Worte angedeutet, wer die Kontrolle ausüben soll, wer die Konferenz einberufen soll. Die Regierungen? Wenn so, wie und wodurch sollen sie dazu veranlaßt werden? Oder die Gewerkschaften? Wenn so, wie und auf welche Weise sollen sie die Kontrolle ausüben und die Konferenz herbeiführen? Solange man es nicht für nötig hält, solche wichtige Fragen klar zu beantworten, sollte man es auch unterlassen, solche einen Beschluß zu fassen, ansonsten der Beschluß — eben ein Beschluß bleibt. Sollen die Arbeiten und Entschließungen gewerkschaftlicher Kongresse gebührend ernst genommen werden, dann dürfen sie des Wirklichkeitssinnes und der Verwirklichungsmöglichkeit nicht entbehren. Wäre dies von dem Wiener Kongress allenthalben beherzigt worden, er würde noch mächtiger weiterwirken für die Sache des internationalen Proletariats.

Zum Anschluß der Metallarbeiter Amerikas an die Eisernen Internationale

Von John P. Frey, Schriftleiter des Molders' Journal

Vorbemerkung der Schriftleitung. Unsere amerikanischen Bruderverbände halten sich, abgesehen von den Maschinenbauern, der Eisernen Internationale fern. Die Bemühungen, sie zum Anschluß zu bewegen, sind erfolglos geblieben. Ohne die Berufscollegen des größten Industrielandes der Welt aber ist, wie leicht verständlich, die Erfolgsmöglichkeit unserer Internationale merklich beeinträchtigt. Um die eigentlichen Ursachen des Nichtanschlusses zu erfahren, haben wir uns an einige amerikanische Gewerkschaftsbeamten gewandt. Als erster hat Kollege Frey geantwortet. Sehr Schreiben, das hier folgt, bemerkt aufs Neue, was wir schon durch den Schriftwechsel zwischen dem amerikanischen Gewerkschaftsbund und dem Vorstand der Amsterdamer Internationale genugsam bewiesen fanden, nämlich daß zwischen der europäischen und der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß ein tiefer Riß mit Eiswasser, sondern auch ein hoher Berg von Meinungsverschiedenheiten, Irrtümern und Mißtrauen liegt, den gegenseitige Fremdheit empormachsen ließ. Schon um unseren amerikanischen Kollegen zu zeigen, daß ihre Bedenken meist unbegründet sind, werden wir hier noch auf die Sache zurückkommen.

Mit Jägern willfahre ich, so beginnt Kollege Frey, der Bitte, mich über die Stellung der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften zum Internationalen Metallarbeiterbund zu verbreiten. Es ist dies ein recht schwieriges Unterfangen, denn das Kartell der Metallberufe des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat niemals bestimmte Stellung zu der Sache genommen. Aus diesem Grunde sind wir ohne maßgebenden Entscheid, so daß es für mich notwendig ist, die Einbrüche darzulegen, die ich durch Unterredungen mit Beamten und Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaften gewonnen habe.

So weit ich herauszufinden vermag, ist zurzeit wenig Meinung für den Anschluß (an den Internationalen Metallarbeiterbund) vorhanden. Diejenige Stand der Dinge liegen verschiedene Ursachen zugrunde. Der durchschnittliche amerikanische Metallarbeiter ist stark mit den amerikanischen Dingen beschäftigt, sein Tun und Denken wird mehr von den nationalen als von den internationalen Gewerkschaftsfragen beansprucht. Neben dieser Gleichgültigkeit der Masse finde ich, daß eine Anzahl von Gewerkschaftsbeamten an dem praktischen Wert des Anschlusses zweifeln. Sie fragen sich, ob die hohen Ausgaben, die das Senden von Vertretern von Amerika nach Europa heißt, durch entsprechenden praktischen Gewinn aufgewogen werden. Dann ist noch eine gewichtigere Ursache vorhanden. Es ist dies dieselbe, die auch unseren Gewerkschaftsbund abgehalten hat, sich der Amsterdamer Internationale anzuschließen.

Aus Gründen, die hier auf engem Raume nicht ausführlich dargelegt werden können, stellt sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ganz anders als die europäische zum Sozialismus und zum sozialistischen Programm. Viele der führenden Sozialisten Amerikas und viele der von der sozialistischen Partei beschlossenen politischen Leitfiguren sind dem amerikanischen Gewerkschaftsbund gegenüber eher unfreundlich als freundlich. Als sich Gruppen von unserm Gewerkschaftsbund abgespalteten oder gegen ihn eine Organisation gebildet wurde, stellte sich heraus, daß von deren Mitgliedern viele, wenn nicht die Mehrzahl Sozialisten waren und daß sie von der Führerschaft und der Presse der sozialistischen Partei ermutigt wurden. Diese Vorfälle haben dazu geführt, daß man in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung die Tätigkeit der sozialistischen Partei mit Zweifel betrachtet.

Ich bin genügend mit den Führern der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung Europas bekannt, um zu wissen, daß sich die europäische sozialistische Bewegung nicht so, wie es in Amerika der Fall, in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung gestellt hat. Dennoch kann ich nicht umhin, daran zu erinnern, daß Kollege Schilde und andere Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, als ich 1909 mit ihnen in Stuttgart zusammentraf, von einer Opposition berichteten, die

Der soziale Konflikt in Mexiko

F. K. Monatelang wütete in Mexiko der Bürgerkrieg. Die europäische Arbeiterklasse weiß nicht recht, wie sie sich zu diesem blutigen Konflikt stellen soll, weil über seine Ursachen und auch über die Beweggründe der kämpfenden Parteien sehr widersprüchlich berichtet wird. So wird beispielsweise der Partei, an deren Spitze der jetzige Präsident Obregon steht, nachgesagt, sie erstrebe politische Ziele, während die Gegenseite, die den General de la Huerta zum Führer hat, die guten Kräfte, die antikommunistischen Vertreter; nach anderen Berichten soll Obregon von amerikanischen Interessen gegen englische und sonstige bewegt sein. Der Vorwurf, Obregon sei bolschewistisch, wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß er zu seinen eifrigsten Helfern die mexikanischen und nordamerikanischen Gewerkschaften zählt, die alles andere, nur nicht bolschewistenfreundlich sind, und sie würden keinen Finger für Obregon rühren, wenn er auch nur im geringsten verdächtig wäre, Moskaus Sache zu begünstigen.

Doch halten wir uns bei diesen und ähnlichen Behauptungen, die offensichtlich falsch sind, nicht auf, sondern wenden wir uns der wirklichen Ursache des Bürgerkrieges zu. Es handelt sich, um es vorweg zu bemerken, um einen großen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der, auf die Spitze getrieben, mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Um den Ursprung des Streites und die Triebkräfte der beiden Parteien verständlich zu machen, ist ein kurzer Rückblick auf die mexikanische Geschichte erforderlich.

Bis zum Jahre 1910 bestand in Mexiko, besonders beim Grundbesitz, die Leibeigenschaft (peonage), die den eingebornen Proletariat (peon) an die Stelle fesselte, wohin ihn der Zufall der Geburt warf. Behandlung, Lohn und Wohnung waren die des Sklaven, Schulen konnte er nicht, unparteiische Rechtsprechung noch weniger, die Aussicht, der Zwangsarbeit zu entfliehen, war äußerst gering. Er wurde mit der Peitsche des Aufsehers, dem Säbel der Soldateska und dem Geißel gepeinigt und dienstwillig gemacht. Den Grundbesitzern und den sonstigen Unternehmern, den inländischen ebenso wie den ausländischen, stand die Staatsmacht uneingeschränkt zur Verfügung. Wenn sich die maßlos geschundenen Kreaturen gegen ihre Peiniger zur Wehr setzten, was oft und oft geschah, wurden sie von der Soldateska des Präsidenten Diaz, einer der blutigsten Tyrannen aller Zeiten, mit eiserner Faust niedergeschlagen. In seinem Buche: *Barbarous Mexico* schildert der Amerikaner J. K. Turner, der 1909 Mexiko bereiste, die namenlose Höllequal der Leibeigenden und die Brutalität, womit ihr Sehnen nach Freiheit und menschenwürdige Behandlung unterdrückt wurde.

Die an der Eigenbahn, in den Eisenbahnen und Fabriken beschäftigten Eingebornen erkannten sich einer etwas besseren Lage als ihre Leibeigensgenossen auf dem Lande, auch war ihnen die Möglichkeit der Organisation von dem amerikanischen Norden her bekannt geworden. Aber ihre spärlichen Bestände, eine Gewerkschaft zu gründen, mußten ganz geheim gehalten werden. Das Recht, sich zu vereinigen, bestand für sie nicht. Selbst die in Mexiko in den ausländischen Kapitalisten gehörigen Unternehmungen tätigen nordamerikanischen Gewerkschaftler durften auf mexikanischem Boden keine Gruppe bilden, sondern mußten ihre Beiträge an ihre heimische Organisation senden.

Erst der stetige Zustand *Abasco* im Jahre 1910 brachte eine Besserung. Die Zwangsgehalte fielen, mit Schutzmaßnahmen für die unteren Schichten wurde begonnen, das Recht der Koalition der Arbeiter gewährt, Gewerkschaften einzulassen und einzuwickeln lag schnell. Sie waren schon zu einer ziemlich großen Zahl gekommen, als (vor vier Jahren) der Präsident Obregon sein Amt antrat. Das neue Staatsoberhaupt ist von Beruf *Maschinenarbeiter*, hat in den Vereinigten Staaten dem Verband der Maschinenbauer angehört und hierbei die Arbeiterverhältnisse und wirtschaftsfördernde Kraft der Gewerkschaftsbewegung zu würdigen gelernt. Seine Erfahrung betätigt er als Präsident durch eifrige Förderung der Gewerkschaftsbewegung.

Durch die vernünftige, fortschrittliche Politik der Obregonischen Regierung entwickelte sich in der Industrie menschenwürdige Zustände, die Abneigung verpöbelten sich, der Achtstundentag wurde eingeführt, die seit Menschengedenken wie Tiere behandelten Eingebornen begannen sich als Menschen zu fühlen. Die Leibeigenschaft der Landproleten wurde abgeschafft, die Armee von 200 000 auf etwa 50 000 Mann verringert, das dadurch ersparte Geld zum Bau von Schulen, Wohnungen, Straßen und Krankenhäusern für die bedrängten Leibeigenden verwendet, außerdem gesetzliche Maßnahmen getroffen, die der landarmen Landbevölkerung als auch den abgedankten Soldaten genügend Grund für einen auskömmlichen Unterhalt sichert. Zu den wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen kam die politische Gleichberechtigung. Kurz, es trat in Mexiko der nämliche tiefgehende Wandel zugunsten der Arbeiterklasse ein, den man überall sieht, wo eine vom sozialistischen oder doch fortschrittlichen Geiste befeuerte Arbeiterregierung die kapitalistische Staatsherrschaft ablöst. Die Kleinrentenpolitik der Grundbesitzer und der Agenten der ausländischen Konzessionsjäger wurde beseitigt, die Arbeiter oder Bürger einfacher Herkunft erhielten ebenfalls das Recht, Stellungen im Staate und den Gemeinden zu bekleiden. Und man muß gestehen, was diese öffentlichen Beamten aus Arbeiterkreisen in den drei, vier Jahren für die geistige und soziale Hebung ihres Volkes geleistet haben, dafür gibt es in der ganzen Welt so leicht kein Beispiel.

Aber je mehr die Überlegenheit der Obregonischen Arbeiterregierung der kapitalistischen Herrschaft gegenüber offensichtlich wurde und sich festigte, je mehr das Selbstbewußtsein der so lange unterdrückten Schichten stieg, je mehr der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung zunahm, desto mehr wuchs auch der Haß der Großgrundbesitzer und der Industrieherrn gegen die Regierung Obregons und gegen die Arbeiterorganisation, weil nun die Landarbeiter nicht mehr ungekräftigt geschunden werden durften und die Industriearbeiter ordentlich behandelt und bezahlt werden mußten. Die ausländischen Konzessionsjäger versuchten ebenso laut wie die inländischen Beamten Obregons und seine Politik, weil ihnen die Steuerfreiheit und die Ausbeutungsfreiheit beschränkt worden ist. Sie sehen die prächtigen

Gewinnmöglichkeiten gefährdet, die das an Erbschätzen und fruchtbarem Boden so reiche Land bietet. So stießen sich denn in- und ausländische Kapitalisten zusammen, den Gefährder ihrer Freiheiten zu besitzigen. In ihrem Werkzeuge erforschten sie die Quarta und dessen Gefolgschaft von entlassenen Offizieren und anderen Glücksjägern.

Der Krieg Quertas gilt dem schwersten Hindernis der kapitalistischen Weltfreiheit, der Arbeiterorganisation. Und diesen Krieg führt er mit einer Berlisterei, die der des Diaz gleichkommt. So Quarta mit seinen Banden ergriffen, werden zuerst die führenden Gewerkschaftler niedergemetzelt. Zuweilen sind familiäre Sekretäre der örtlichen Gewerkschaften erschossen worden. Diese Akte der Rache sind oft so lang, um hier angeführt zu werden. Mit der Beseitigung der Führer werden die Gewerkschaftsversammlungen verboten, die Organisationen aufgelöst, zum Überhandnehmen mit dem Tode bestraft.

Die Gewerkschaftler waren sich vom ersten Augenblick an klar, daß der Kampf Quertas ihnen in erster Linie gilt. Die Erinnerung an die furchtbare Lage jener Zeit, wo das Großkapital allein herrschte, zwingt sie zu äußerstem Widerstand. Alle Beamten des Gewerkschaftsbundes stehen gegen Quarta im Felde, ausgenommen drei, die hohe Staatsstellungen bekleiden. Die Gewerkschaftsgruppen zogen oft mit allen Mitgliedern an die Front mit ihren Sekretären als Führer. Um sich von den regulären Truppen zu unterscheiden, tragen die Gewerkschaftler die Anfangsbuchstaben des Gewerkschaftsbundes an ihren Hüften. Jedes Gewerkschaftsregiment oder Kompanie trägt neben der Nationalflagge ihre Vereinsfahne im Felde.

Für die kämpfenden Gewerkschaftler spielt die Persönlichkeit des Präsidenten eine geringe Rolle. Sie wissen, daß der Sieg Quertas ihnen die Freiheit, ja das Leben kostet. So kämpfen sie, die Wiederkehr der furchterlichen Drangsal zu verhindern, die mühsam erzwungenen Freiheiten zu erhalten, den Fortschritt des Landes nicht zu gefährden und daß die Lebensmöglichkeit der Arbeiterklasse nicht noch einmal der kapitalistischen Beutegier zuliebe gefährdet, vernichtet wird.

Das ist der tatsächliche Sachverhalt, der auch nicht durch die Behauptungen beeinträchtigt werden kann, die Regierung Obregons werde von der nordamerikanischen Regierung mit Geld und Waffen, sicherlich aber durch wohlwollende Neutralität unterstützt. Hieron ist nur die letztere glaubhaft dargelegt. Aus der durch eine lange Erfahrung betätigten Tatsache, daß die Washingtoner Demoskripten diplomaten ihre Gunst selten ohne Gegenleistung schenken, braucht man noch nicht zu folgern, Obregons Regierung stehe im Solde des amerikanischen Kapitals. Wohl aber kann man annehmen, daß das Staatsinteresse der Union in Mexiko mit dessen Fortschritt gleichläuft oder daß die nordamerikanische Staatspolitik kein Interesse an der Wiederkehr der früheren Gewaltherrschaft hat. Doch wie immer es um diese Annahme bestellt sein möge, an der Tatsache wird nichts geändert, daß der jetzige Bürgerkrieg in Mexiko im Grunde nichts ist als eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Stärke der Gewerkschaftsbewegung in Mexiko

Einem ausführlichen Bericht von Ch. L. Reed über die mexikanische Arbeiterbewegung entnehmen wir folgende Angaben: Der mexikanische Gewerkschaftsbund (Confederacion Regional Obrero Mexicana) wurde im Mai 1918 nach verschiedenen vergeblichen Versuchen gebildet. Er hat nach amerikanischen Begriffen ein ziemlich radikales Programm. Fördert er doch Kontrolle der Landwirtschaft und der industriellen Produktionsmittel, den (inzwischen eingeführten) Achtstundentag, Schutz für Frauen und Kinder, Schaffung von Körpergewerkschaften zur Hebung der Arbeiterbildung und ähnliches mehr. Der Gewerkschaftsbund ist mit seinen 400 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Gewerkschaftsorganisation des Landes. Er ist auf industrieller Grundlage organisiert, hat infolgedessen keine Berufsverbände, sondern nur (vier) Abteilungen, und zwar für die Textilindustrie, die Eisenbahnen, den Bergbau und verwandte Gewerbe und für die Landwirtschaft. In den beiden letzteren Industrien sind je etwa 100 000, in den beiden andern je 50 000 Mann organisiert. Außerdem bestehen noch die Industriearbeiter der Welt (I.W.W.), die angeben, in der Textilindustrie, besonders in Tampico, Mitgliederbestände zu haben. Im Jahre 1922 ist in Jalapa eine sozialistische Organisation gebildet worden, die ihren heutigen Mitgliederstand auf 150 000 angibt.

Verschiedenartig wurde versucht, mit ausländischen Bruderorganisationen in nähere Verbindung zu kommen. 1919 ging Louis Vorones, der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, zwecks Studium der Verhältnisse nach Europa, 1921 Martinez und Robarte nach Rußland und Italien. Aber ein Zusammenschluß mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung ist daraus nicht entsprungen, obwohl die Zuneigung zu der europäischen, besonders zu der deutschen Organisation überaus groß ist, wie uns eine Reihe persönlicher Mitteilungen bezeugt. Bis jetzt ist nur eine Verbindung mit der Föderation der panamerikanischen Gewerkschaften zustande gekommen. Auf deren Gründungs-kongreß, der im November 1918 zu Laredo (Texas) stattfand, war der mexikanische Gewerkschaftsbund vertreten, desgleichen auf dem vom Jahre 1919 und 1921. Er ist neben dem amerikanischen Gewerkschaftsbund der stärkste Landesverband der panamerikanischen Föderation, die eine noch losere Vereinigung der Gewerkschaftsverbände der beiden Amerika darstellt. Ihr nächster Kongreß soll Anfangs November in der Hauptstadt Mexikos stattfinden.

Die 44stündige Arbeitswoche in Queensland

Die reaktionäre Welle, die nach Kriegsende in der angelsächsischen Welt hochging, ist auf der ganzen Linie im Abnehmen. Wie in England, so sind auch in Australien Arbeiterregierungen ans Staatsruder gekommen, oder, wo es schon der Fall war, mit stärkeren Wehrheiten wiedergewählt worden. Diese Arbeiterregierungen zeigen sich bemüht, daß man nicht, wie es anderswo gemacht wurde, die kostbare Zeit mit parlamentarischen Scheiterteilen vertribeln darf, sondern sie unverzüglich zur Erfüllung der Aufgabe nutzen muß, wo für man erfordern ist. Demzufolge sind gleich nach Amtseingabe wichtige sozialpolitische Maßnahmen getroffen worden. So ist beispielsweise im Staate Queensland die 44stündige Arbeitswoche gesetzlich eingeführt, den Gewerkschaften und dem Arbeitslohn höherer gesetzlicher Schutz geschaffen, die Entschädigung für Unfall und Gewerbeunfall erhöht, das Recht auf Versicherung gegen Erwerbslosigkeit ausgesprochen, den Staatsangestellten volle bürgerliche Rechte gewährleistet und den Arbeitern billige Wohnungen zu erstäglichen Kosten verbürgt worden. Außerdem bereitet die Regierung ein Gesetz vor, das den Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und den Lohnempfängern erhöhten Schutz ihrer Rechte sichert.

Löhne in den Vereinigten Staaten

Bis vor kurzem war das allgemeine Lohnniveau in den Vereinigten Staaten sehr hoch und betrug ein Vielfaches des europäischen. In den letzten Wochen werden aber beträchtliche Lohnherabsetzungen gemeldet. So haben die größten Kohlenbergwerke im Pittsburg-Bezirk die Löhne um 15 bis 20 v. H. herabgesetzt, in den Textilfabriken sind teilweise Lohnherabsetzungen um 10 v. H. durchgeführt, teils solche in Aussicht gestellt. In dieser Industrie wurden bereits Lohnkämpfe angezündet. Infolge des Rückganges der Konjunktur ist nämlich kein Arbeitermangel mehr vorhanden, weshalb in erster Linie die Löhne gesenkt werden. Allerdings zeigen auch die Preise, besonders in der Stahl- und Eisenindustrie, eine stinkende Tendenz. Sie werden aber in geringerem Ausmaß herabgesetzt als die Löhne. Angesichts der Konjunkturrückgänge nehmen bereits die Fragen in bezug auf die Förderung der Ausfuhr und Drosselung der Einfuhr einen größeren Raum ein als in den letzten Jahren, wo die Produktion beinahe gänzlich auf den inländischen Verbrauch eingestellt war. Der Metallindustrie und auch anderen Industrien, wie der Schuhindustrie, haben andere überseeische Staaten, die inzwischen ihre Metallgewinnung begun, ihre verschiedenen Industriezweige entwickelt haben, eine Konkurrenz gemacht, die erst jetzt sichtbar wird. Auch konnte die englische Textilindustrie in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten ein gutes Absatzgebiet finden. Dieses soll ihnen durch Einfuhrverbote und Schutzzollerhöhungen wieder abgejagt werden.

Stalieu

Die Organisation der sozialistischen Verbände. Die Nr. 2 des amtlichen Stalieu des Bundes der sozialistischen Verbände veröffentlicht über diese folgende Mitteilungen:

Die Grundlage der Organisation ist die Gewerkschaft, die eine Anzahl Hand- oder Kopfarbeiter derselben Berufsgruppe und derselben Provinz umfaßt. Die Gruppen eines Berufes bilden Provinzialverbände, die sich ihrerseits zu Kartellen zusammenschließen. Die Provinzialverbände sind auch in nationalen Verbänden zusammengeschlossen, die ihren Sitz in Rom haben. Diese zusammen bilden den Spitzenverband: Bund sozialistischer Verbände. Die Beziehungen zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerorganisationen (allgemeiner Verband der italienischen Industrie, Bund der landwirtschaftlichen Gewerkschaften, dem Handelsverband und dem Angestelltenverband) werden von den nationalen Verbänden oder vom Bund dieser Verbände geregelt.

Der Bund sozialistischer Verbände umfaßt augenblicklich zwei Millionen (?) Mitglieder in 22 Organisationen. Er unterhält ein Pressebüro, ein Hauptbüro für Freizeit, ein nationales, technisches Büro und ein Büro für Rechtsberatung. Das Büro für Freizeit hat die Aufgabe, alle Versuche zu unterstützen, die geeignet sind, die körperliche und geistige Erziehung der Arbeiter zu fördern und zum Wohlbefinden der Arbeiter beizutragen. Ähnliche Büros sind bei den Provinzialverbänden eingerichtet. Das nationale technische Büro studiert die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen, die das Leben der Arbeiterklasse berühren. Es sammelt alles Material, das beiträgt zur Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, der Statistik, der Arbeitsvermittlung, der sozialen Vorbeugung und Unterstützung für die Opfer der Arbeitsunfälle. Das Büro steht mit den Verbänden der Provinzialverbände in ständiger Verbindung. Das Büro für Rechtsberatung und Gesetzgebung befaßt sich mit der Rechtsunterstützung der nationalen Verbände und der gewerkschaftlichen Provinzialverbände. Durch die Vermittlung dieser nimmt das Büro die Interessen der Arbeiter wahr. Es wacht über die Einführung von Kollektivverträgen, studiert die Gesetze und Erlasse über Arbeitsfragen und arbeitet Reformvorschlüge aus.

Die Aufsicht über die Gewerkschaften. In einem Erlaß vom 21. Januar d. J. wird bestimmt, daß alle Vereine und Körperschaften, welche den Schutz der wirtschaftlichen und sittlichen Belange zum Ziele haben und ihre Mittel ganz oder teilweise durch Beiträge der Arbeiter aufbringen, der Aufsicht der politischen Provinzialbehörden unterliegen.

Sobald Grund zu der Annahme besteht, daß Vertrauensmißbrauch vorkommt oder gesetzeswidrige Verwendung oder Verwendung der Mittel zum Schaden der Mitglieder oder für Zwecke, die mit der wirtschaftlichen oder sittlichen Lage der Arbeiter nichts zu tun haben, so kann der Provinzialpräsident eine Kontrolle vornehmen oder eine Untersuchung über die Tätigkeit der betreffenden Körperschaften; er kann ihre Handlungen abändern oder aufheben, in schweren Fällen auch die Leitung für aufgelöst erklären und die Verwaltung des Vereinsvermögens für einen ein Jahr nicht überschreitenden Zeitraum einem Kommissar übertragen, damit dieser es erhalten und für solche Zwecke verwenden, die den Belangen der betreffenden Vereinigung entsprechen. Verfügung gegen solche Maßnahmen des Präsidenten ist möglich an den Minister des Innern, Verfügung gegen dessen Entscheidung, aus dem Rechtswege, an den Staatsrat.

Wenn die Verwaltung des Vereinsvermögens einem Kommissar übertragen wurde, so hat dieser über den Stand des Vermögens und die etwa festgestellten Unregelmäßigkeiten einen genauen Bericht vorzulegen. Durch begründeten Erlaß bestimmt dann der Präsident, nachdem er nötigenfalls die Beteiligten vorher hört, ob die Verwaltung des Vereinsvermögens fortzusetzen oder seine Auflösung herbeizuführen ist. Der Erlaß enthält auch Bestimmungen über die Aufsicht, über die Übertragung der Bestände an bestimmte Personen oder Einrichtungen und über Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung.

Arbeiterferien in Gefahr

Wer hat in früheren Jahren in der Arbeiterklasse Ferien gekannt? Ferien unter Fortzahlung des Gehalts waren üblich für Beamte und für einen Teil der kaufmännischen Angestellten, aber Arbeiter und Arbeiterinnen kannten keine Ferien. Sie kannten höchstens unfreiwilliges Aussetzen der Arbeit in Krankheitsfällen oder bei Arbeitsmangel. Im ersteren Falle erhielten die Arbeiter in dieser Zeit eine wenn auch nur geringe Unterstützung in Form von Krankengeld. Bei Aussetzen aus Arbeitsmangel erhielten sie nichts.

Infolgedessen waren diese Arten Freizeiten der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht angenehm, ja sie waren gefürchtet. Auch in der uns heute so häufig als bessere Zeit schmeimenden Vergangenheit lebte ja die Arbeiterklasse fast allgemein nur von der Hand in den Mund. Nur ein sehr kleiner Teil war imstande, Rücklagen zu machen und arbeitsarme Zeiten von kurzer Dauer als willkommene Gelegenheiten zum Ausruhen betrachten zu können. Die übrigen zitterten bei dem Gedanken an solche Zeiten wie heute auch.

Erst die Erfolge langjähriger Gewerkschaftsarbeit brachten zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen Ferien. Seit einer Reihe von Jahren sehen Tarifverträge Freizeiten unter Fortzahlung des Lohnes vor. Meist war die Anzahl der Ferientage nur sehr gering, teilweise nicht so groß wie bei den Beamten, und in der Regel war auch eine längere Tätigkeit im Betriebe Voraussetzung für Ferien. Aber mit dem Grundhaß war doch gebrochen, daß die Arbeiterklasse nur immer zu arbeiten hat, ohne sich jemals einiger Tage Freiheit vom Arbeitsjoch erfreuen zu können. Selbst für Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Accord beschäftigt wurden, sind Ferien festgelegt. In diesen Fällen wurde ein bestimmter Lohndurchschnitt als Lohnsumme für die arbeitsfreie Zeit bezahlt. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind alt und grau geworden, ehe sie das erste Mal in ihrem Leben wirkliche Ferien gehabt haben. Die jungen Arbeiterkräfte haben freilich auch diese Ertrugenschaft der Arbeiterorganisationen und des organisierten Kampfes um bessere Lebensbedingungen als etwas ganz Selbstverständliches hingewonnen, ohne daran zu denken, daß auch diese Einrichtung den Unternehmern abgetrotzt und nicht freiwillig von diesen geschaffen worden ist und daß, wie der Achtstundentag, auch die Ferien nur eine Dauererfindung sein werden, wenn die Arbeiterorganisationen dies erzwingen können.

Wie andere Ertrugenschaften der Arbeiterorganisationen, sind jetzt auch die Ferien in Gefahr. In zahlreichen Fällen sind sie den Arbeitern und Arbeiterinnen bereits genommen oder doch stark gekürzt worden. Die Gefahr, die Ferien zu verlieren, ist jetzt besonders groß, weil anstelle der früher recht weit verbreiteten Wochenlöhne die Bezahlung der Arbeitskräfte nach Stunden oder nach der Stückleistung an Umfang zugenommen hat. Bei dieser Entlohnungsart sind Ferien, also Ferientagen unter Fortzahlung einer Summe, die dem Arbeitsverdienst in dieser Zeit entspricht, viel schwerer durchzuführen als bei Wochenlöhnen. Bei Accordarbeit oder bei Stundenlohn fällt ja selbst eine Bezahlung der gesetzlichen Ferientage fort. Freizeiten unter Fortfall einer Entschädigung sind aber keine Ferien, und die Arbeiter und Arbeiterinnen können sich solche Freizeiten nicht leisten. Müßen sie gegenwärtig machen die Arbeit eine Zeitlang aussetzen, dann sind diese Zeiten keine Erholungszeiten; sie erfüllen also nicht den Zweck von Ferien.

Es wäre bedauerlich, wenn diese erst im Anfang vorhanden gewesene Einrichtung auch den Forderungen der Zeit zum Opfer fallen würde, die mit der Begründung: „Nur Arbeit kann uns retten!“ und „Rück zur Einfachheit und Sozialarbeit!“ den Verzicht auf alles, was die Arbeitskraft erhalten und das Leben verlohnerer hilft, von der Arbeiterklasse verlangt, ohne andere Volkswirtschaften als in dieser Beziehung zu gleichem Verzicht verpflichtet zu betrachten. Da nicht damit zu rechnen ist, daß die bestgestellten Volkswirtschaften und das Unternehmertum den Arbeitern und Arbeiterinnen freiwillig ein Recht auf Leben und Wohlsein zugestehen, so muß die Arbeiterklasse ihre Organisation so gestalten, daß sie sich dieses Recht erkämpfen und sichern kann.

„Glaces aux fruits“ (= Fruchtis) hergestellt worden sei. Auch soll erst im Jahre 1750 bei dem Nachfolger Lavoisier, namens Dubousson, an allen Tagen des Jahres Gefrorenes zu haben gewesen sein.

Als kann, genau vor hundert Jahren, von einem gewissen John Ballance in England die erste Maschine zur Erzeugung größerer Eis mengen erfunden worden war, da begann das Leben der heutigen Kälteindustrie, die jetzt Kühl- und Eismaschinen in allen Größen, Systemen und für alle Zwecke herzustellen vermag.

Schon in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hat man auch versucht, künstliche Eisbahnen herzustellen. Eine solche soll schon im Jahre 1830 in Berlin existiert haben, deren Pfad:

Künstliche Eisbahn!

Entre 5 Egr.

Reklamieren werden nicht gegeben in einem Bilde des Kaisers Doerbeck bereinigt worden ist.

Zum Schluß mag noch ein allgemeines Hinweis auf eine jugenante Kältemischung hingewiesen sein, die leicht hergestellt und fast dauernd benutzt werden kann.

Zu ein weitverbreitetes Konzentrat mit laß- und wasserbeständigem Patentverschlus von 1 1/2 Liter Inhalt bringt man 1 1/2 Kilogramm sogenanntes Nitratsalz oder Nitron (Natriumnitrosulfat). Dann gießt man darauf 1 Liter möglichst kaltes Wasser, dessen Temperatur durch diese Mischung um rund 18° C. erniedrigt wird. Würde also die Temperatur des Wassers zum Beispiel +5° C. betragen haben, dann zeigt die Mischung etwa -10° C., ohne aber in Eis verwandelt zu sein, weil Salze erst bei einer tieferen Temperatur gefrieren.

Will man in der heißen Jahreszeit eine das Eis erzeugende Kühlfähigkeit zur Hand haben, so hat man nur nötig, eine oder mehrere solcher Flaschen in einem mit Wasser gefüllten Eimer zu stellen, um dessen Inhalt innerhalb ganz kurzer Zeit eiskalt zu erhalten.

Zur Wiedergewinnung des Nitratsalzes läßt man die in den Gläsern vollständig entleerte gefüllte Lösung an freier Luft bei mäßiger Wärme verdunsten, worauf das Salz auskristallisiert und dann zu neuerlicher Verwendung bereit ist.

Essen

Ein weiteres Kapitel kommunistischer Gewerkschaftstätigkeit.

Wer bisher noch immer der Meinung war, daß die kommunistische Partei ehrlich die gewerkschaftlichen Bestrebungen vertrete und es ihr mit der Zusammenfassung der Arbeiter in eine Einheitsfront ernst sei, wird durch die neuesten Ereignisse in unserer Verwaltungsklasse Essen gründlich vom Gegenteil überzeugt.

Diese Verwaltung ist seit einigen Jahren eine Hochburg der Kommunisten. Allerdings war hier der Personalverbrauch auch ein besonders starker. Hier kann jeder kommunistische Bevollmächtigte nach kurzer Zeit in Widerspruch mit den Parteibefehlen der SPD geraten, so daß er bei der Neuwahl abgelehnt wird, um einem anderen Kommunisten Platz zu machen. In 3 1/2 Jahren wurden vier Bevollmächtigte verbraucht. Daß unter solchen Umständen die Verwaltung leiden mußte, ist selbstverständlich.

Für das Jahr 1923 holten sich die Kommunisten einen besonders revolutionären Bevollmächtigten aus Stuttgart, nämlich Wilhelm Rißhlat. Er sollte endlich einmal wirkliche kommunistische, gewerkschaftsarbeit leisten, und er kündigte den „Amsterdamer“ auch eine entsprechende Tätigkeit an. Zuerst mußten möglichst alle noch vorhandenen Funktionen der Amsterdamer Richtung beseitigt werden. Selbst die ältesten Angestellten versuchte man auf das Pflaster zu werfen. Wenn das nicht ganz gelungen ist, so ist es kein Verdienst der „revolutionären“ Taktik Rißhlat's.

Die Inflation und die Wirtschaftskrise ging auch an der kommunistischen Ortsverwaltung in Essen nicht spurlos vorüber. Die Mitgliederzahl ging erheblich zurück, obwohl das sonst immer nur die Schuld der „Reformisten“ sein soll. Die Arbeiter, innerlich zermüht, folgten nicht mehr den kommunistischen Lösungen. Und als im letzten Winter Rißhlat auf Befehl der SPD-Zentrale zum Generalkreist entgegen d. Beschläffen der gewerkschaftlichen Organe aufrief, folgten nur ganz wenige Arbeiter, so daß er selber erklären mußte, daß der Generalkreist zusammengebrochen sei. Diese Erkenntnis sollte ihm schwer angetrieben werden, denn die SPD-Zentrale verlangte trotzdem von ihm, daß der Generalkreist durchgeführt werden müsse.

Unter Verbandsrat in Kassel beschloß für die Betriebsräte wahlen die Aufstellung einheitlicher Listen, um den Gegnern eine Einheitsfront des Metallarbeiter-Verbandes entgegenzustellen. Es muß anerkannt werden, daß sich Rißhlat in diesem Sinne bei Aufstellung der Kandidatenliste zur Betriebsräte wahl bei der Firma Krupp bemühte, worauf er sofort von der kommunistischen Verwaltung zurückgepfiffen wurde.

Auch diese gewerkschaftliche Handlung Rißhlat's wurde von der Parteizentrale der Kommunisten über bemerkt. Beide Verbände gegen die Parteibeschlüsse hatten zur Folge, daß das Ferngericht der SPD gegen Rißhlat eingeschickt wurde. Nach seinem eigenen Bericht erschienen drei Vertreter der SPD-Zentrale bei ihm mit dem Befehl:

„Er habe noch an demselben Tage abzureisen und nicht mehr nach Essen zurückzukehren; er müsse dann von auswärts einen Brief an die Verwaltung richten des Inhalts, daß er wegen Krankheit als Bevollmächtigter nicht mehr an seinen Posten zurückkehren könne.“

Leider hat Rißhlat nicht mitgeteilt, was ihm angedroht wurde, wenn er sich diesem unerhörten Befehl widersetzte. Rißhlat folgte dem Befehl nicht, deshalb wurde er von der SPD ausgeschlossen. Das SPD-Blatt in Essen, das Ruhr-Echo, verkündet den Ausstoß Rißhlat's wie folgt:

„Wilhelm Rißhlat, 1. Bevollmächtigter des VAB, Verwaltungsklasse Essen, ist durch einstimmigen Beschluß des Bezirksausschusses ausgeschieden aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.“

Grund: Rißhlat hat wiederholt die ihm von der Partei übertragenen Aufgaben nicht durchgeführt bzw. sabotiert. Er hat sich mehrmals offen gegen die Parteibeschlüsse ausgesprochen, versucht, eine entgegengelegte Linie einzuschlagen und andere Genossen zum Widerstand gegen die Parteibeschlüsse zu veranlassen. Er hat es mehrmals ausdrücklich abgelehnt, den Anordnungen der gewählten Parteifunktionen nachzukommen. Er hat die Fraktionsdisziplin innerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation mehrmals gänzlich verletzt und z. B. den Bericht gemacht, die von der Bezirksleitung beauftragte und anerkannte Fraktionsleitung durch eine fremde Person mehr entgegenkommende Fraktionsleitung zu ersetzen.

Rißhlat hat damit bewiesen, daß er nicht gewillt ist, seinen Pflichten als Mitglied der kommunistischen Partei nachzukommen. Er hat nicht nur in wiederholten Fällen die Parteibeschlüsse geschnitten, sondern überhaupt gezeigt, daß er kein Kommunist ist.

In Anbetracht dessen, daß die Funktion eines Bevollmächtigten einer bedeutenden Ortsverwaltung eine hervorragende Parteifunktion ist, mußte gegen Rißhlat das letzte organisatorische Mittel angewandt, der Ausschuß aus der Partei ausgesprochen werden.

Demnach ist nach der Auffassung der SPD das Amt eines Bevollmächtigten einer Gewerkschaft eine hervorragende Parteifunktion. Demnach sind alle Behauptungen, die von den kommunistischen gerichteten Mitgliedern noch auf dem Verbandsrat in Kassel aufgestellt wurden, daß sie auf dem Boden des Statuts und der Verbandsratsbeschlüsse stehen, als falsch dargelegt, denn diese Leute haben innerhalb der Gewerkschaften zur Parteifunktion aus und wissen, wie genau sie, bei Strafe der Ausschließung aus der Partei den Parteibeschlüssen folgen.

Noch sind die Auswirkungen dieser Verbandsratsbeschlüsse in Essen nicht vollständig. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsklasse am 1. Juni hat Rißhlat diese Beschlüsse bekanntgegeben. Die Generalversammlung kündigte zwei kommunistischen Angestellten die Stellung auf Grund des Berichtes von Rißhlat und sprach jeden Mitarbeiter der Ortsverwaltung ihr Vertrauen aus. Rißhlat erzählte noch, daß diese Mehrheit der Ortsverwaltung jedesmal vor den Sitzungen zusammenkommt, um Beschlüsse gegen die übrigen kommunistischen Mitglieder der Ortsverwaltung zu fassen. Demnach sind gegen Kommunisten in einer Verwaltung? Das ist die neueste Entwicklung auf dem Gebiete kommunistischer Gewerkschaftsarbeit. Wir werden gewißlich sein, auch Rißhlat der ganzen Verbandsratsbeschlüsse zurückzuführen. Jetzt aber was folgt? Folgendes gesagt werden:

Die Gewerkschaften dürfen sich unter keinen Umständen mehr diese kommunistische Tätigkeit gefallen lassen. Sie werden Beschlüsse treffen müssen, um solchen Verbandsratsbeschlüssen ein für allemal einen Riegel vorzusetzen. Die Organisationen kann nicht warten, bis sich die Kommunisten erst gegenseitig ausgeschieden haben, doch aber auch zugleich die Gewerkschaften zugrunde richten.

In diesen Verhältnissen in Essen ist der Bevollmächtigte Rißhlat mindestens genau so schuldig wie alle die von ihm jetzt Angeklagten. Das über Essen herangekommene Gewitter wird hoffentlich rechtzeitig im ganzen Verbandsrat, um den Beschlüssen des Verbandsrat zu folgen. Dieser Verbandsrat muß außerordentlich schnell handeln. Die Segner werden sich erheben die Hände. Aber wir müssen wohl auch erst durch diese Beschlüsse hindurch, und das wird der Mitglieder mußte nachdrücklich diese trüben Erfahrungen erst machen, um die Beschuldigung selber erkennen zu können. Es ist auch die Gefahr in Essen ausgeglichen worden. Hoffentlich tritt jetzt eine Gewerkschaft ein, wenn auch zu ihrer Unterstützung noch Operationen erforderlich sein sollten.

Biberthal von Remscheid

Der einig Kommunisten Ratgeber erhalten wir als Ergänzung des Berichtes über die Spaltungskrise der Kommunisten in unserer Remscheid Verwaltungsklasse (siehe Nr. 19 der MZ) die

Der einig Monaten sind eine Mitgliederversammlung der SPD statt. Der ehemalige Angestellte und ausgeschlossene Weber hielt das Referat über die Gewerkschaften. Weber wie auch Benzelschick forderten in der Ansprache mit aller Energie die Loslösung von

SPD in Stuttgart und die Gründung eines Industrieverbandes. Die Forderung zeitigte in dem Blatte der SPD eine längere Aussprache. Die Aussprüche vom hiesigen Arbeitersekretär Jannet und die von Weber andererseits besagten, die Loslösung noch eine Zeitlang hinauszuschieben.

Die Mitglieder der Ortsverwaltung trübten seit langem ein unverantwortliches Spiel. So hat der Kassierer Couris seit seiner Anstellung nicht eine einzige Abrechnung selbst gemacht. Der frühere Kassierer und später ausgeschlossene Kriegen mußte diese Tätigkeit verrichten. Die Unfähigkeit des Kassierers Couris mußte also durch ein ausgeschlossenes Mitglied verbunkelt werden. Aber nicht nur zum Kassengeschäft war man unfähig, sondern auch in der Führung von Bewegungen. Der letzte Metallarbeiterstreik, der vom VAB unterstützt wurde, ward nicht von der Ortsverwaltung geleitet, sondern von dem ausgeschlossenen Weber und Benzelschick. Die kommunistische Ortsverwaltung, die unfähigen Schulz, Cron, Couris und Genossen gaben die Führung des Kampfes an gewerkschaftlich Organisierte ab.

Der Schleiferstreik, der noch einige Wochen länger dauerte, stand ebenfalls unter dem Pfirsichschmied Benzelschick. Aushalten bis zum Siege war die fortgesetzte Lösung, auch dann noch, als der größte Teil der Schleifer schon als Arbeitswillige im Betrieb waren. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern stellte sich ebenfalls die Hilflosigkeit der Cron und Konforten heraus. Es war ja auch erklärlich: Cron konnte für die streikenden Schleifer nicht das erreichen, was ihnen Verschiedenes versprochen. Nun mußte der Stuttgarter Vorstand eingreifen. Die Kollegen Eggert (Stuttgart) und Freitag (Hagen) führten unter Beisein von Vertretern der Ortsverwaltung und der streikenden Schleifer erneut Verhandlungen, die schließlich auch zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Annehmbar deshalb, weil der Streik — auch nach Angaben von Schleifern, die der SPD angehören — durch Abbröckeln von Teilnehmern seine Siegesaussicht eingebüßt hatte und weil dank der durch die kommunistische Ortsverwaltung geschaffenen Lage die Unternehmer hartnäckig gemacht wurden. Das hinderte aber die SPD-Leute nicht, anderen Tags in ihrem Blatte zu schreiben: „Der Streik der Schleifer ist durch die Stuttgarter Unternehmern abgemurrt.“ Die Kollegen im Reich dürfen nun aber nicht etwa glauben, daß die Kommunisten die Gewerkschaft gespalten haben, bewähre, die Kapitalräte von Stuttgart, die Reformisten sind es gewesen, behaupten, die Kommunisten. Nachdem sie die Gewerkschaft fast zerstört haben, kommt die Genossenschaft dran: Der jetzige Sekretär der Remscheider Konjunkturgenossenschaft Wolf hatte das Bedürfnis, in den Vorstand zu kommen. Das war nicht so ohne weiteres möglich. Dem Vorstand der Genossenschaft gehörten zwei Kommunisten an. In ihnen mußte als dritter, „echter“ Kommunist Wolf kommen, um die Kontrolle auszuüben. Um aber auch ein wichtiges Amt zu bekommen, mußte einer geführt werden. Wolf intrigierte nun gegen seine beiden Parteigenossen. Nach dem kommunistischen Genossenschaftsprogramm wurde festgestellt, daß Wolf fähiger sei als sein seit 20 Jahren tätiger Genosse. Die oben erwähnten Weber und Benzelschick waren dann auch hier die ausführenden und tonangebenden Personen. Nun geht die richtige Arbeit los. Es werden Fraktionsbildungen unter dem Vorhinein von Weber abgehalten. Es wird genau wie im Verband ganz offen vom Kampf gegen Reformismus usw. gesprochen. Sie sagen: Und wenn die Genossenschaft in Trümmern geht, der Kampf muß durchgeführt werden; wir müssen dann eben auf den Trümmern wieder aufbauen.

Dem Genossenschaftsvorstand gehört auch das Mitglied der SPD Weisklein an. Pflicht der SPD ist es, alle „reformistischen“ Personen aus der Genossenschaft zu entfernen. Weisklein als tüchtiger, vorbildlicher Genossenschaftler und Kassierer darf unter keinen Umständen auf seinem Posten bleiben. Haben wir denn nun auch Erfolg? Kleinstück! Wir haben noch eine ganze Reihe radikaler Kommunisten, die werden den Laden schon schmeißen.

Aus all dem erhellt man, wie es die Leute mit den Arbeiterorganisationen treiben. Die besten Kräfte werden beseitigt, unfähiges Volk mit der Führung der Geschäfte betraut. Die Organisationen gehen zum Teil — die Arbeiter sind die Geschädigten. Es war es in Remscheid in unserm Verband, so ist es in unserm hiesigen Konjunkturgenossenschaft. Kollegen an anderen Orten, paßt auf, daß es bei euch nicht auch so geht!

Herzbrüderchaft „erbfeindlicher“ Unternehmer

Ober: Warum Deutschland in der Welt wenig Ansehen genießt

In der 21. Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes unterbreitete die Arbeitergruppe eine Resolution, wonach das Arbeitsamt beauftragt sein soll, sich weiter dafür einzusetzen, daß das Vahingtoner Übereinkommen, betreffend den Achtstundentag und die 48-Stundenwochen von allen Ländern ratifiziert wird. Wir haben seinerzeit hier schon mitgeteilt, daß sich der französische und der deutsche Unternehmervertreter gleich eifrig gegen diesen Antrag wendeten. Zugewiesenen haben wir einen halbamtlichen Sitzungsbericht erhalten, der darlegt, daß die Herzbrüderchaft zwischen den beiden „erbfeindlichen“ Patrioten wohl intimer ist, als wir glauben mochten. In diesem wohl etwas gemilderten Bericht heißt es von

Franz, dem Vertreter des französischen Bogen, dem Vertreter des deutschen Unternehmeramtes:

„Was man über die Resolution der Arbeitergruppe ein Urteil abgibt, muß man aus einer Seite der Frage ins Auge fassen. Die Welt ist jetzt unter einer gewaltigen Wirtschaftskrise. Unter dem Pfirsichbaum der Krise gibt es aber einen bestimmten Faktor... Es ist dies das Problem der Reparationen... Jetzt scheint es uns aber, daß Deutschland genötigt ist, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen und daß es gerade zwecks Erfüllung dieser Pflichten die Verlängerung der Arbeitszeit ins Auge gefaßt hat. Wenn das internationale Arbeitsamt unter diesen Umständen Deutschland die Arbeitszeit verbietet, wie zur Deckung seiner Schulden notwendig ist?“

„Sie man sieht, daß die „erbfeindlichen“ Patrioten da in vollkommener Herzbrüderchaft, wo es sich um stärkere Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse handelt. Der deutsche Unternehmer Bogen hat nicht nur nichts einzuwenden, sondern hält es ganz in der Ordnung, daß keine eigenen Landeskinder länger arbeiten, damit die Kapitalisten der Feindstaaten eine Kriegsentwädigung promprierhalten. Aber die — patriotische Geliebtheit des deutschen Fabrikanten scheint bei allen Teilnehmern der Sitzung nur eine Meinung geäußert zu haben; denn aus dem Bericht geht nicht hervor, daß sich ihm ein einziger Vertreter entgegen hat. Selbst die Unternehmervertreter sind bemüht gewesen, ihrem deutschen Standesgenossen keine Rolle spielen zu lassen. Demnach deutet sich ein wenig an, wenn man sich den Fall anschaut. Man nehme einmal an, Deutschland sei der Sieger des Weltkrieges gewesen und es läge dann ein deutscher Unternehmer mit dem Verlangen, die französische Arbeiterklasse müsse länger arbeiten, stärker ausgebeutet werden, damit die deutsche Kapitalistenklasse ihren Tribut richtig und bald von Frankreich empfangt. Es wäre natürlich ausgeschlossen, daß ein solches Verlangen von einem französischen Unternehmer unterstützt würde, im Gegenteil, dieser würde dem deutschen Unternehmer entrüftet antworten, die Forderung sei eine Schandtat! Und genau so, es geht ihm, den deutschen Unternehmer, einen Druck an, wie das französische Volk die Kriegsentwädigung empfindet, Frankreich behält seiner Ratlosigkeit von einem Tage. Diese Antwort würde, das sind wir gewiß, in der ganzen Welt Lösung zeitigen und von gewissen französischen Unternehmern unterstützt und als eine patriotische Selbstverständlichkeit gefordert werden. Eine ebensolche Selbstverständlichkeit aber von

dem Vertreter des deutschen Unternehmertums erwarten, heißt sich dem Vorwurf ungläubiger Phantasterei aussetzen. Die Geschichte Deutschlands ist reich an Beispielen, daß sich die Oberklasse in einer Weise, die einem die Schamröte ins Gesicht treibt, an ihren eigenen Landeskinder vergangen hat. Es sei nur an die lieben Landeskinder erinnert, die ihre Söhne an einen Trottel von einem englischen König als Schlachtopfer für ein bestimmtes Kopfgeld verkaufen; man denke daran, daß S t i n e s, der schwerindustrielle Patriot, bei einem französischen General um militärische Unterstützung gegen die Ruhrarbeiter setzte. Und nun haben wir den Chemiker Textilfabrikanten Vogel, der dem Vertreter eines feindstaatlichen Unternehmertums zustimmt, daß die deutschen Arbeiter zu längerer Arbeitszeit angehalten werden, damit die Sieger ihre Beute, deutsches Gut und Blut bekommen. Da wundern man sich noch, daß die Abneigung, der Haß gegen Deutschland in der Welt nicht weichen will.

Umstellung der Geldbeträge in der Unfallversicherung auf Goldmark

Durch eine Verordnung vom 17. Mai 1924 sind nunmehr auch die bisher noch in Papiermark ausgedruckten Geldbeträge der Unfallversicherung auf Goldmark umgestellt worden. Die Dreierleistungsgrenze, bis zu welcher der Jahreseinkommen voll, der Mehrer verdient mit einem Drittel bei der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, ist auf 1800 Goldmark, gleich dem Friedenslohn, festgesetzt worden. Bei der Umrechnung des Entgelts aus der zurückliegenden Zeit findet ebenfalls eine solche auf Goldmark statt. Hierbei können für die einzelnen Monate durchschnittliche Umrechnungssätze zum Reichsversicherungsamt bestimmt werden. Als Umrechnungssätze gelten: für Mai 1923 12 000, für Juni 40 000, für Juli 120 000, für August 1 200 000. Der Mindestbeitrag für das Sterbegeld ist jetzt 50 Goldmark. Auch die Regelung der Zulagen in der Unfallversicherung ist durch eine Verordnung vom 23. Mai 1924 jetzt auf Goldmark umgestellt worden. Die Zulage erhöht die Rente um den Betrag, den sie hätte, wenn sie nach folgenden Jahreseinkommen berechnet würde: falls der Verletzte eine oder mehrere Renten bezieht, die insgesamt weniger als 50 v. H. ausmachen, 450 Goldmark, bei Renten von 50 und mehr Prozent 1152 Goldmark. Diese Sätze gelten für alle Arbeitnehmer außer den landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Eingegangene Schriften

Handbuch der Dreherei von August Vogl. Praktischer Selbstunterricht im Berechnen der Wechselläder zum Gewinberechnen und zur Gemeindefabrikation sowie zum Drehen, Bohren und Hobeln lonischer Arbeiter auf der Drehbank sowie auf der Hobelbank. Ferner Konstruieren, Berechnen und Drehen von Schnecken, Zahnrädern, Spiralen, Winkeln usw. nach den neuesten Grundlagen der Technik. Zweifelslos sind auf diesem Gebiet sehr viele Bücher vorhanden, immerhin ist das vorliegende Buch zu den besten zu zählen, was schon die Kleinauflage beweist. Es kostet 5 M. und ist von der Union Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17, zu beziehen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 22. Juni ist der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Juni 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Weglar	10	10	10	5	27. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsklassen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsklasse Esslingen:

Der Hilfsarbeiter Mathäus Hermann, geb. am 30. April 1892 zu Esslingen, Mitgliedsbuch Nr. 4.526 985, wegen Unterschlagung. Auf Antrag der Verwaltungsklasse Oberhausen:

Der Schmiech Ludwig Raufsch, geb. am 27. Juni 1899 zu Reichenbach, Mitgliedsbuch Nr. 4.327 499, wegen Unterschlagung.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsklasse Leipzig:
Der Schlosser Kurt Klemm, geb. 10. November 1903 zu Leipzig, Mitgliedsbuch Nr. 4.988 923, wegen Streikbruch.
Der Diebstahlarbeiter Johann Mittel, geb. 29. August 1862 zu Grabin, Mitgliedsbuch Nr. 3.451 931, wegen Streikbruch.
Der Klempner Rainund Wehse, geb. 26. Mai 1866 zu Aushien, Mitgliedsbuch Nr. 1.001 845, wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsklasse Mannheim:
Der Dreher Heinrich Schmitt, geb. 17. Februar 1889 zu Weinheim, Mitgliedsbuch Nr. 1.220 982, § 22 Abs. 1 c.
Der Metallarbeiter Emil Firketes, geb. 14. Juni 1887 zu Bruchsal, Mitgliedsbuch Nr. 5.350 345, § 22 Abs. 1 a.
Stuttgart, Aötestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein L.; von Formern und Diebstahlarbeitern nach Schur i. Schweiz (Ring & Co.) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach Gmünd (Schwab.) Str.; von Graveuren, Schmittschloßern und Fallhammerwerkzeugen nach Wschaffenburg (Heinrich Kohl) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin D.; nach Koburg A.; nach Salungen (Maschinenfabrik Salungen, A.-G.) A.; nach Ulm a. D. (G. D. Nagrus, A.-G.) D. A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R. = Abregelung; M. = Mißstände; A. = Auslieferung. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Ermüdung bei der jeweiligen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuerst angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein. **Merkmale.** Zum Geschäftsführer wurde Kollege Paul Traufhold aus Eppstadt gewählt; den Vornamen besten Dank. Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Aötestraße 16.